



Inflation frisst die Löhne auf!

Nach wie vor werden die Preise in Rekordtempo erhöht. Zu Jahresbeginn lag die Inflation bei 11 Prozent. Zuletzt ging diese zwar zurück, allerdings beträgt sie im Juli noch immer 7 Prozent. Immer mehr Menschen werden gezwungen sich einzuschränken. Es braucht deutlich höhere Löhne, damit angebotene Waren und Dienstleistungen wieder leistbar sind. Außerdem müssen Mieten gedeckelt und Energiekosten reguliert werden. Als GLB haben wir von Anfang an Eingriffe in die Märkte und amtliche Preisregulierungen gefordert. Es ist daher wichtig, dass es uns als kritische linke Kraft in AK und ÖGB gibt und dass wir gestärkt aus den nächsten AK-Wahlen hervorgehen, um unseren Forderungen Nachdruck verleihen zu können.

Mehr Geld für Soziales statt für Aufrüstung



Dies war eine der Hauptforderungen des GLB in der letzten Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer. Während das Geld bei der Pflege und Gesundheit, aber auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt, sind beim Bundesheer z.B. bis 2032 Investitionen von 16,6 Milliarden Euro vorgesehen. Im Antrag des GLB wurde die Bundesregierung aufgefordert, auf die für die Aufrüstung des Bundesheeres mit Panzern, Hubschraubern, Abfangjäger und ähnlichem Kriegsggerät geplanten Budgetmittel zu verzichten und dieses Geld für notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge zu verwenden. Sowohl die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion FSG als auch die FCG haben diesen Antrag abgelehnt – der GLB wird sich weiter dafür einsetzen. Statt in Aufrüstung zu investieren, sollte das Geld besser für das Gesundheits- und Bildungssystem etc. verwendet werden!

Oliver Jonischkeit, AK-Rat in Wien, GLB-Bundessekretär

Her mit der Kohle im Handel

Während Gewinne im Handel enorm gestiegen sind, sehen die Beschäftigten wenig davon. Die Preise steigen extrem und damit auch die Profite. Gleichzeitig verdienen Handelsangestellte noch immer oft am Rande der Armutsgrenze. Mit einem so geringen Gehalt können sich viele im Handel beschäftigte Menschen - oft alleinerziehend - ihr Leben nicht mehr leisten. Die GPA muss Forderungen nach wirklich nachhaltigen Lohnerhöhungen notfalls auch mit einem Streik umsetzen! Es braucht einen flächendeckenden Mindestlohn von 2.400 Euro steuerfrei, ein Recht auf Wochenstundenerhöhung statt Neueinstellungen, außerdem muss jede Überstunde bereits ab den kollektivvertraglich vereinbarten Wochenstunden voll ausbezahlt werden. Wir brauchen auf jeden Fall verpflichtende Urabstimmungen über Kollektivvertragsabschlüsse, damit diese nicht noch weiter Armut fördern.



Sophie Apfler, Handelsangestellte, KPÖ Bezirksrätin, GLB Wien

Unsere Daseinsvorsorge ist mehr wert



Vor einem Jahr wurde von der Bundesregierung kurz vor einer großen Demonstration der Gesundheitsberufe ein sogenannter „Pflegebonus“ beschlossen. Dieser „Bonus“ bringt nur kleine Gehaltsverbesserungen für die Pflege und in wenigen anderen Gesundheitsberufen. Der Bonus wurde befristet bis 2024 und ist eine unverbindliche Zulage, kein Gehaltsbestandteil. Derzeit wird im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern darüber verhandelt. Wir als GLB meinen, dass sich die betroffenen Gewerkschaften offensiv dafür einsetzen müssen, den Pflegebonus auf alle Bereiche der sozialen Berufe zu erweitern und in das Grundgehalt zu integrieren. Außerdem braucht es: Gute Ausbildungsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung, bessere Personalschlüssel, hochwertiges Arbeitsmaterial und mehr Mitbestimmung in allen Gesundheits- und Sozialbetrieben. Um dies umzusetzen sind betriebliche Kampfmaßnahmen bis hin zur Streikbereitschaft notwendig, damit endlich mehr Personal für alle Gesundheits- und Sozialbereiche gefunden werden kann.

Patrick Kaiser, Intensivkrankenschwefler, Personalvertreter im WiGeV und AK-Rat in Wien



AK-Wahl 2024

Im April 2024 findet wieder die Arbeiterkammer-Wahl für Wien statt. Wahlberechtigt ist jede unselbständig beschäftigte Person, unabhängig ihrer Nationalität. Unterstütze eine linke Alternative - GLB!